



FÜR ODER GEGEN DIE WEITERE UMWOLKUNG DEUTSCHLANDS

Der 24. September – die verweigerte Volksabstimmung über Einwanderung!

Von WOLFGANG HÜBNER | Die meisten Altparteien sind bekanntlich keine Freunde von Volksabstimmungen und Volksentscheiden. Und eine ganz besondere Abstimmung möchten sie allesamt auf keinen Fall und unter keinen Umständen: Die Abstimmung der Deutschen über Maß und Grenzen von Ein- und Zuwanderung. Da auch bei der bevorstehenden Bundestagswahl weiterhin mit einer deutlichen Mehrheit der Altparteien zu rechnen ist, wird sich daran einstweilen auch nichts ändern.

Die Verweigerung legitimer und notwendiger Rechte für das Volk, zumindest bei Schicksalsfragen der Nation mitzubestimmen, kann sich am 24. September für die Altparteien allerdings als Bumerang erweisen, der ihnen viele Mandate, Gelder und öffentliche Dominanz kosten dürfte. Denn das einzige wirklich beherrschende Thema dieser Wahl, die Folgen der Grenzöffnung von 2015, stellt Millionen Wähler vor die Frage, diese Entscheidung Merkels mit ihrer Stimme für eine der Altparteien zu akzeptieren bzw. hinzunehmen, oder mit der Wahl der AfD Widerspruch bzw. Widerstand gegen die Umvolkung Deutschlands anzumelden.

Diese Situation macht die Bundestagswahl zu einer verkäpten Volksentscheidung. Zwar kann an der Mehrheit der Stimmen für die Altparteien nicht gezweifelt werden, schließlich ist es ja keine wirkliche Volksabstimmung. Aber jede Stimme, die zugunsten der einzigen relevanten Partei gegen die Umvolkung Deutschlands gegeben wird, jede Stimme die dazu beiträgt, der AfD ein möglichst hohes zweistelliges Ergebnis zu ermöglichen, wird eine Hürde gegen weitere Invasionen nach Deutschland darstellen.

Es sollte allerdings auch klar sein, dass ein ohne Wahlmanipulation zustande gekommenes Wahlergebnis der AfD unterhalb der Zweistelligkeit von den Altparteien als Freikarte für die weitere Umvolkung Deutschlands, in welcher Variante auch immer, verstanden und genutzt werden wird. Zwar ist allein der Einzug der AfD in den Bundestag für alle patriotisch-freiheitlichen Kräfte in unserem Land ein gewaltiger, wenngleich längst überfälliger Fortschritt.

Es geht um die Zukunft und den Fortbestand Deutschlands

Doch es wird am 24. September mehr gebraucht. Denn es geht nicht allein um die Etablierung einer neuen Partei auch im Bund, sondern es geht auch um die Zukunft und den Fortbestand des deutschen Volkes, der deutschen Kultur, Demokratie und des Sozialstaats. Letzteren kann es nur einem großen Zusammenhalt, nämlich der souveränen Nation, geben. Deswegen ist die AfD trotz aller programmatischen Leerstellen auch die sozialste Partei, die sich zur Wahl stellt. Das alles ist eine schwere Last, die auf den immer noch jungen und ungefestigten Schultern der AfD abgeladen wird.

Es gibt jedoch keine realistische Alternative zu der Partei, die sich bei ihrer Gründung 2013 so mutig Alternative für Deutschland genannt hat. Sie kann und wird hoffentlich maximal von der verkäpten Volksabstimmung am 24. September profitieren. Die AfD, vor allem ihre künftige Fraktion im Bundestag, muss sich allerdings an jedem Tag nach der Wahl

ihrer Verantwortung für Deutschland und seiner Zukunft bewusst sein.

Das von den Altparteien umfassend entmündigte Volk wird am 24. September aller Voraussicht nach in Teilen die Notbremse AfD ziehen. Sollte sich diese Bremse entgegen den Hoffnungen von Millionen als zerstrittener Notbeschleuniger erweisen, wäre das schon bald das Ende der Partei, doch schlimmer noch: Eine Katastrophe für die Zukunft des deutschen Volkes. Jetzt aber gilt es dringend, die Stimme denen anzuvertrauen, die von den Altparteien und Altmedien unter bewusster und zynischer Tolerierung krimineller Methoden bekämpft werden. Wer weiter im Land und Staat der Deutschen leben will, hat in wenigen Tagen keine andere Wahl!